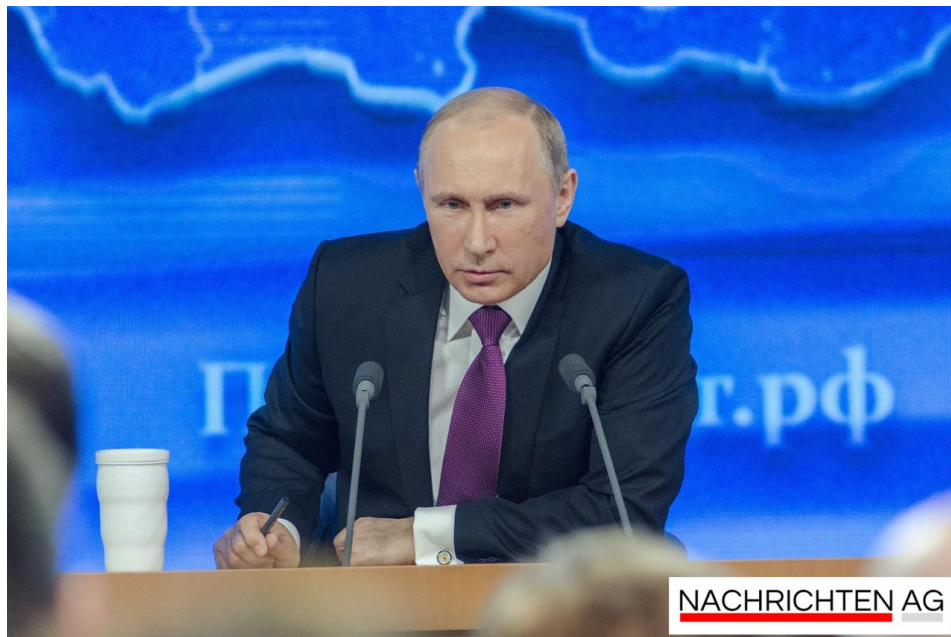


SPD im Disput: Manifest fordert Kurswechsel in der Russland-Politik!

Streit in der SPD über Russland-Politik und Rüstungsfragen: Woidke mahnt Zurückhaltung an, während Minister Pistorius Kritiken äußert.



Berlin, Deutschland - In der SPD tobt ein Streit über ein neues Positionspapier zur Russland-Politik, das mehr als 100 Mitglieder der Partei unterzeichnet haben. **rbb24** berichtet, dass das Manifest einen klaren Kurswechsel in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik fordert und betont, dass diplomatische Anstrengungen in Europa dringend notwendig seien. Unter den Unterzeichnenden sind prominente Figuren wie Rolf Mützenich, Ralf Stegner und Norbert Walter-Borjans.

Das Manifest fordert ein Ende der militärischen Aufrüstung und lehnt die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ab. Stattdessen plädieren die Verfasser für eine defensive Ausstattung der Streitkräfte und eine stärkere

Fokussierung auf Rüstungskontrolle. Eine Ablehnung der hohen Verteidigungsausgaben fällt auf fruchtbaren Boden: Der Inhalt wird von zahlreichen Mitgliedern der Bundestagsfraktion kritisch gesehen.

Reaktionen auf das Manifest

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke hält die Debatte über das Manifest für übertrieben und sieht unterschiedliche Meinungen innerhalb der SPD als normal an. Ralf Stegner hingegen argumentiert, dass die militärische Strategie gescheitert sei und bekräftigt die Notwendigkeit, die Ukraine weiterhin zu unterstützen. In einem Kontrast dazu kategorisiert Verteidigungsminister Boris Pistorius das Manifest als eine Form der Realitätsverweigerung und betont, dass Russland unter Wladimir Putin kein Interesse an Verhandlungen habe.

Der SPD-Chef Lars Klingbeil schließt unterdessen eine Kehrtwende in der Unterstützung der Ukraine aus. Diese Differenzen innerhalb der Partei führen dazu, dass Pistorius plant, die Forderungen des Manifests auf dem bevorstehenden Bundesparteitag zu thematisieren und erwartet dabei keinen pazifistischen Kurswechsel der Partei. Auch Sahra Wagenknecht von der BSW hat ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Unterzeichnern des Manifests geäußert.

SPD und der Weg in die Zukunft

Das Vorgehen und die Forderungen des Manifests stehen im Widerspruch zum aktuellen Kurs der Bundesregierung und der SPD-Führung. Kritische Stimmen aus der Bundestagsfraktion, wie Sebastian Fiedler, betonen, dass die Mehrheit der SPD-Mitglieder hinter dem Koalitionsvertrag steht. Michael Roth geht sogar so weit, das Manifest als weinerliche Melange aus Rechthaberei und Geschichtsklitterung zu bezeichnen.

Im Kontext der sozialdemokratischen Friedenspolitik sind

Abrüstung und Rüstungskontrolle unerlässlich. Die SPD hat bereits unter Außenminister Heiko Maas bedeutende Schritte unternommen, um die internationale Agenda auf Abrüstungsthemen auszurichten. Deutschland und die EU setzen sich weiterhin für die nukleare Abrüstung ein, insbesondere nach den Aufkündigungen des INF-Vertrags durch die USA und Russland.

Die Debatte innerhalb der SPD über das Manifest zur Russland-Politik spiegelt tiefere, komplexere Themen wider, die in der heutigen geopolitischen Landschaft von großer Bedeutung sind. Der derzeitige Streit zeigt die Schwierigkeit, eine einheitliche Strategie zu finden, die sowohl die Sicherheitsinteressen Deutschlands als auch die Notwendigkeit diplomatischer Lösungen berücksichtigt.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.tagesschau.de • www.spdfraktion.de

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net